

# Der Herausforderer

## Ein Portrait des Kandidaten Lafontaine

Von Heinz Thüer

### I

Nach dem Attentat auf Oskar Lafontaine nahm die deutsche Öffentlichkeit nicht nur Anteil am Schicksal des Verletzten. Im Augenblick der Lebensgefahr war sie entsetzt. Was war passiert? Hatte sich vielen plötzlich der heimliche Wunsch ins Bewußtsein gedrängt, Lafontaine, die Ausnahmeerscheinung unter den Politikern, möge eines Tages doch jene Handwerker der Macht ablösen, die in Bonn regieren?

Darauf jedenfalls hofft die SPD, die sich ohne ihren Kanzlerkandidaten schon nicht mehr denken kann. Alle Erwartungen lasten auf Oskar Lafontaine - begabter und besser ausgebildet als die meisten Berufspolitiker, Herkunft aus dem Arbeitermilieu, jesuitisch geschliffener Katholizismus, naturwissenschaftliches Studium, Beschäftigung mit Schriften der humanistischen Psychologie. Lafontaine ist einer, um den sich Höfe sammeln-so „Spiegel“-Reporter Jürgen Leinemann im Jahre 1983, als Lafontaines Bundeskarriere beginnt. Im Jahre 1966 schließt sich Lafontaine mit 23 Jahren der SPD in Saarbrücken an, noch im gleichen Jahr wird er Juso-Unterbezirksvorsitzender. 1968 SPD-Landesvorstand, 1971 SPD-Unterbezirksvorsitzender, 1976 Oberbürgermeister von Saarbrücken. Zwischen 1981 und 1983, der Zeit der Raketendiskussion und Helmut Schmidts Abstieg, steigt Lafontaine in den Kreis der sozialdemokratischen Meinungsführer auf. 1985 schlägt er die CDU im Saarland und wird Ministerpräsident, im Februar 1990 gewinnt er zum zweiten Mal unangefochten die Landtagswahl. Vier Wochen später wählt der SPD-Parteivorstand Lafontaine zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im Dezember 1990.

### II

Lafontaines Konkurrenzimpuls hat sich im Laufe der erfolgreichen Jahre so sehr zum Reflex verfestigt, daß er seine Methode, sich ins Gespräch zu bringen, voll beherrscht: Jedesmal ein liebevoll ausgewähltes Thema, das im Trend hegt, zu einem günstigen Zeitpunkt mit den rechten Worten plazieren, so daß sich die Öffentlichkeit wochenlang daran abarbeiten muß. Die Frage ist, ob das in diesem Jahr noch funktioniert. Die Deutschen sind wieder Wir. Im dogmatischen Begriff des Volkes, der für jedes größere Problem eine nationale Lösung verspricht, sind widerstreitende Programme und Personen implizit verneint. Ob Zehn-Punkte-Plan, Währungsunion, NATO-Mitgliedschaft oder Staatsvertrag - der tölpelnde Bundeskanzler legt die Themen fest. Er vollendet den Sieg der Exekutive und lädt danach die SPD zur Mitarbeit ein. Worauf

Lafontaine - einerseits - mit Rückzugsmanövern reagiert: „Neue soziale Wohltaten“ werde es mit ihm als Bundeskanzler wegen der Milliardenlast der deutschen Vereinigung nicht geben. Die von Lafontaine geleitete Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ hat die „Zukunftsprojekte“ Öko-Steuer, soziales Grundeinkommen und Grundrente aus dem Regierungsprogramm gestrichen. Seine Warnung vor einer großen Koalition in Ostberlin gibt Lafontaine genau so schnell auf, wie seine Einwände gegen Großdeutschlands NATO-Mitgliedschaft.

Andererseits: Lafontaines Wahlkampf Strategie, die nach seiner Genesung fortgesetzt werden soll und durch die beiden Landtagswahlen im Mai eine kleine Bestätigung erfuhr, hat in den bisherigen Wahlkämpfen nicht ihresgleichen, denn sie setzt auf künftige, für die Wähler negative Ereignisse und auf Meinungen, die sich daraufhin erst bilden sollen. Lafontaine: „Die Wahlen in der Bundesrepublik werden nicht deutsch-national entschieden, sondern nach der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Ich bleibe unerschütterlich bei dieser Auffassung und werde spätestens im Herbst recht bekommen. Dann schlage ich zurück, weil der Kohl die Leute belogen und betrogen hat.“ (Lafontaine auf der SPD-Parteiratssitzung am 27. März 1990)

Lafontaine hat sich früh gegen das Wahlkampfkonzept seines Parteivorsitzenden Vogel durchgesetzt, der Kohl mit Umarmungen, durch das Aufstellen von runden Tischen und durch möglichst viele Gemeinsamkeiten ausmanövrieren wollte. Und wer will es bestreiten: Lafontaines aggressiver Stil gegen Deutschlandtömelei verschafft der gestreßten Linken insgesamt eine kleine Auffrischung. Immer dann, wenn Lafontaine sich aus der Defensive retten will, bricht das Katholische in ihm durch - er predigt mit Donnerhall. Lafontaine hat insgesamt ein erotisches Verhältnis zur Macht.

### III

Um etwas mehr über die Erfolgchancen von Lafontaines Kanzlerkandidatur sagen zu können, empfiehlt es sich allerdings, ein wenig weiter auszuholen. Willy Brandt war es, der nach der verlorenen Volkskammerwahl in der DDR am 18. März und ihrer westdeutschen Resonanz die Frage stellte, ob der Wahlausgang vielleicht ähnlich langwirkende Folgen haben könnte, wie die ersten Wahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1949. Die SPD glaubte damals, nach 12 Jahren Hitler und 4 Jahren Neuordnungsdiskussion könnten die Konservativen nicht siegen. Sie gewannen die Wahl, weil sich die Meinung durchsetzte, man brauche halt das Geld und den Wohlstand und wähle deshalb die Macht. Wirtschaftswunder und Volksgemeinschaftssinn nahmen alle Bevölkerungsschichten in den Sog. Selbst nachdem die SPD ihre großen Jas gesprochen hatte, dauerte es noch einmal 10 Jahre bis zur knappen Regierungsmehrheit, die in ihren besten Zeiten eine labile Mehrheit blieb.

Oskar Lafontaine ist allerdings nicht Willy Brandt in den 60er Jahren, der seine deutsche Salonfähigkeit noch zu beweisen hatte. Anders auch als Willy Brandt

heute, meidet Lafontaine den großdeutschen Blick und schaut in die Bundesrepublik. Er sucht die westdeutsche Wahlkampfauseinandersetzung mit der CDU, so hat er dem Bonner Korrespondenten der „Zeit“ gesagt, weil er sich als „Kind einer anderen Nachkriegskultur“ fühle, einer Kultur, die im politischen Leben der Bundesrepublik seit 1968 eine große Rolle spiele. Sie weist, so ließe sich ergänzen, Parallelen zur parteiübergreifenden Bürgerrechts- und Demokratiebewegung in der DDR auf. Lafontaine an anderer Stelle: „Es wird in Zukunft unbeschadet rückwärtsgewandter Strategien der deutschen Rechten mehr und mehr grenzüberschreitende Lösungen geben. Daher ist es richtig, daß die Sozialdemokraten die Idee der sozialen Gerechtigkeit und die Idee der ökologischen Erneuerung in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung stellen. In dem Maße, wie für die Menschen die militärische Sicherheit in den Hintergrund tritt, wird die soziale und vor allem die ökologische Sicherheit an Bedeutung gewinnen.“ (SPD-Parteiratssitzung, 27. März)

Hier kann man Lafontaine im Lichte des Godesberger Weges der SPD betrachten. Denn auch die SPD der 60er Jahre hätte durch Anpassung allein keine Regierungsmacht erlangt. Sie mußte den bürgerlichen Wählern mit Globalsteuerung und Ostpolitik eine originäre Perspektive bieten, ohne an den nach dem Krieg geschaffenen Bedingungen grundsätzlich etwas ändern zu wollen. Oskar Lafontaine repräsentiert das SPD-Programm der 90er Jahre. Seine Leistung besteht ebenfalls darin, den Strom der herrschenden Entwicklung ziemlich genau erfaßt und ihm eigene praktische Vorschläge beigegeben zu haben. Normative Technologiepolitik, Arbeitszeitsverkürzung, multikulturelle Gesellschaft, Frauengleichstellung - das sind Begriffe, die auch von Unternehmensvorständen und konservativen Politikern verwendet werden. Lafontaine breitet dazu in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ (Hamburg 1989) ein eigenes Konzept aus, das sich auf dem „Prinzip Verantwortung“ aufbaut, einem Begriff, der von Hans Jonas stammt. Lafontaine will die neue Verantwortungsethik in die Politik einführen: den ethisch fundierten Sozialpakt, wobei die Subjekte seiner Reformpolitik „Gesellschaft“ und „Menschen“ heißen. So interpretiert Lafontaine das „Prinzip Verantwortung“ mit diesen einfachen Worten: „Es ist nicht möglich, die Gesellschaft in Opfer und Täter zu trennen. Die Gewerkschaften sind für das Wohl und Wehe der Wirtschaft genau so verantwortlich wie die Arbeitgeber, die Grünen für das Industriesystem nicht weniger als die Altparteien. Wir sind alle Beteiligte und Betroffene.“ (S. 259)

Das ist nicht mißzuverstehen. Das „Prinzip Verantwortung“, wie Lafontaine es sich vorstellt, macht einfach deswegen jeden für alles verantwortlich, weil jeder an allem beteiligt ist, irgendwie. Was die Schülermitverwaltung für die Schule, das ist der demokratische Begleitschutz dann für den florierenden Kapitalismus: Erziehung zur Verantwortung, symbolische Aktion. Lafontaine: „Wir müssen mehr Demokratie wagen. Partizipation hebt das Verantwortungsbewußtsein. Das Prinzip Verantwortung soll ja den Marktmechanismus keineswegs aushebeln.“ (S. 266)

Damit ist die Strategie der modernisierten Sozialpartnerschaft umrissen. Die soziale und ökologische Marktwirtschaft mit dezentralen Momenten ist die Allerweltsformel, zu der sich das sozialdemokratische Ziel, den Kapitalismus wohlfahrtsstaatlich zu bändigen, verallgemeinert hat.

#### IV

Diese Formel bietet Lafontaine der ganzen Gesellschaft als Reformalternative an, und sein Realitätssinn ist nicht zu bestreiten. Denn es ist ja richtig, was die Politologen sagen: Kaum etwas hat die soziokulturelle Verfaßtheit der Bundesrepublik so nachhaltig verändert wie die Studentenbewegung 1968. Sie erfaßte eine ganze Generation (der heute 35- bis 50jährigen), deren Einfluß bis tief in die konservativen Denkfabriken der CDU zu verfolgen ist. Unkonventioneller ist es geworden und auf mehr Selbstbestimmung geeicht. Weniger Beamtenformalismus, weniger deutsche Erziehung, Die 68er Generation hat einen neuen Mittelschichtenlebensstil durchgesetzt, der mit deutsch-nationalen Gefühlen wenig anzufangen weiß und der in der Mittelstandsgesellschaft Bundesrepublik hegemonial ist. Oskar Lafontaine schätzt in diesem Zusammenhang besonders Hans Magnus Enzensbergers Essay „Mittelmaß und Wahn“, der die „Hegemonie der middle class“ in der Bundesrepublik der 80er und 90er Jahre thematisiert („stern“-Reportage von Werner A. Perger, 22. Februar 1990).

Das Mittelmaß, so Enzensbergers Kernthese, ist in dieser Gesellschaft zum Maß aller Dinge geworden, es hat sich breit gemacht und ist frech geworden. Respektlos gegenüber politischen Autoritäten und aufgeklärt fast über alles (die Bildzeitung, die Ungerechtigkeiten der Ökonomie), ist dieser Gesellschaft zwar der geniale Wahn, das radikale Außenseitertum verloren gegangen. Ideologien und Utopien sind der middle class verdächtig, von politischer Umwälzung will sie nichts wissen. Doch, so Enzensberger, sei darin im wesentlichen eine „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ zu sehen, subjektiv erscheine den meisten Bundesbürgern die mittelmäßige Lebensweise als Zuwachs an Freiheit. So fragwürdig manches auch sei, diese Botschaft ist aus Enzensbergers Synthesen immer wieder herauszulesen, so berge doch jeder Versuch der grundlegenden politischen Veränderung in erster Linie die Gefahr in sich, es könne viel mieser kommen als es ist. Enzensberger hat das Beste, was uns Menschen möglich ist, in der Gegenwart entdeckt.

Wenn Oskar Lafontaine aus diesem Enzensberger-Essay „große Bestätigung“ schöpft, so darf man vermuten, er tut es vor allen Dingen deshalb, weil er den Neokonservativen diese Leistung, Ruhe zu bewahren und gleichzeitig den Konsens zu erneuern, nicht zutraut, sondern nur seiner Partei, mehr noch, sich selbst. Lafontaine zur Deutschlandpolitik: „Wenn es darum geht, die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu kritisieren und zu würdigen, dann bleibt festzuhalten, daß es ein schwerer Fehler war, daß der .Kanzler der deutschen

Einheit' die Einheit der politischen Kräfte in der Bundesrepublik nicht gesucht hat, um den Einheitsprozeß zu gestalten." (SPD-Parteiratssitzung, 27. März)

Lafontaine als der Berechenbare gegenüber dem unberechenbaren Kanzler, Lafontaine als der managementerfahrene Internationalist gegen den bräsig-nationalen CDU-Kanzler aus Oggersheim. So sehen ihn seine Anhänger gern, und sie nennen ihn den „Anwalt des modernen Deutschland" (Anke Fuchs). Lafontaine vereinigt in sich die postmoderne „Veränderungsbeschleunigung" (Odo Marquard) mit der Nonchalance des leicht ergrauten 68ers, dem nichts heilig ist - nicht der freie Sonntag und nicht das Deutschlandlied. Was ihn keinesfalls daran hindert, vom Wert der „sozialen Gerechtigkeit" zu sprechen, während sein Verhältnis zur SPD kein libidonöses ist, sondern ausgesprochen instrumentell. Lafontaine ist der personifizierte Kulturmix, sensibel für die Fragen des Umweltschutzes, des Sozialstaates und der Frauengleichstellung. Das verschafft ihm einen Platz ganz oben auf der Sympathieskala und auf der Gästeliste der endlos vielen Talkshows.

## V

Nur: Weshalb sollten die Leute deswegen Oskar Lafontaine zum Bundeskanzler wählen? Weshalb sollte ausgerechnet er die neue middle class daran hindern können (einmal vorausgesetzt, er strebt es an), mit der deutschen Wirtschaftsmacht ein stilles Einverständnis zu schließen? Oskar Lafontaine sorgt für die Moral und andere Reize, Helmut Kohl für das dazu nötige Geld. Die deutsche Einheit war immer schon reine Geschäftssache, weil sie zu anderen Zwecken nicht zustande kam. Das deutsche Problem war stets die starke Ökonomisierung des politischen Lebens, und es genügt vermutlich auch diesmal, der tragenden Mehrheit die Erhaltung ihrer materiellen Privilegien in Aussicht zu stellen, um eine öffentliche Auseinandersetzung über konkurrierende politische Programme im Keim zu ersticken.

Dagegen ist Lafontaine, scheint es, machtlos. Indem er Themen zuspitzt, empfiehlt er sich zwar als politisches Gewissen der Nation, doch tut er es nur, indem er über andere Dinge schweigt, indem er mit der herrschenden Mentalität erst einmal paktiert, um sich anschlussfähig zu halten. So schweigt die SPD die Notwendigkeit einer neuen deutschen Verfassung tot, die von einer verfassunggebenden Versammlung erarbeitet, durch Volksentscheid legitimiert und mit basisdemokratischen und sozialstaatlichen Artikeln versehen werden müßte, wie sie im Verfassungsentwurf des Runden Tisches in Ostberlin stehen\*). Daraus ein Politikum machen - dazu müßte die SPD sich von ihrem religiösen Verhältnis zum Grundgesetz lösen und dies wiederum, so die Kalkulation der Realpolitik, wäre für ihren Kanzlerkandidaten möglicherweise der eine Schritt zu weit nach links, dorthin, wo das trübe Reich der Außenseiter beginnt. Dann doch lieber farblos bleiben und sich den demoskopischen Ergebnissen fügen.

Wer Lafontaine in die Tradition der SPD-Erfolge der 60er Jahre stellt, der wird zugeben müssen, daß eine entscheidende Voraussetzung für die damalige Regierungsübernahme durch die SPD bisher nicht erwähnt worden ist: die außerparlamentarische Opposition. Sie trat als Bürgerrechts- und Demokratiebewegung auf und praktizierte das „Prinzip Öffentlichkeit“. Erst als ihr Einfluß nicht mehr zu unterdrücken war, war die Regierungspartei SPD wirklich notwendig.

Anders heute. Die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik funktioniert nur sehr bedingt, das beweist sich daran, daß allenthalben das Bild vom Zug der deutschen Einheit, der längst abgefahren sei, verwendet wird. Da ist nichts mehr aufzuhalten oder umzuleiten, sondern nur noch etwas Großem, Geschichtlichem zu folgen. Politisches Raisonement, das in aller Öffentlichkeit auf das Für und Wider des politischen Handelns abzielt, ist von vornherein unmöglich gemacht. Ein Intellektuellenstreit entzündet sich statt dessen an der raunenden Frage, was denn nun der „deutsche Volkscharakter“ wirklich empfinde. Aufgeworfen von solchen Leuten, die vor 20 Jahren Ernst Blochs „Programm Citoyen“ auf ihre Fahnen schrieben.

Oskar Lafontaine blendet den Zusammenhang von Politik und Öffentlichkeit bereits in seinen theoretischen Überlegungen aus. Weder in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ noch in seinen neuesten programmatischen Reden ist dazu etwas zu finden. Lafontaine denkt sich seine Reformpolitik ohne politisierte Gesellschaft. Bei allen kessen Sprüchen über Kohl hat er verdrängt, daß der stabile Kapitalismus solange idyllisch und als von Neokonservativen am besten verwaltet erscheinen muß, solange politisches Handeln nur noch auf staatlicher bzw. parteipolitischer Ebene vorkommt - von der Gesellschaft in Ruhe gelassen. Mittelmaß und Wahn, so ließe sich der von Lafontaine geschätzte Enzensberger-Essay paraphrasieren: sie verhalten sich komplementär zueinander, indem nämlich der Wahn, das politische Mittelmaß sei nicht das schlechteste, sich jedem großen Diskurs verweigern muß, jeder politischen Unruhe, die der sozialdemokratischen Gemütlichkeit auf die Nerven geht.